

NIEDERSCHRIFT

19. Sitzung des Rates der Stadt Alsdorf

Sitzungstermin:	Donnerstag, 02.02.2017
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:05 Uhr
Ort, Raum:	Raum Nr. 102, 1. Etage (großer Sitzungssaal)

Herr Alfred Sonders - Stadtverwaltung
Herr Stv. Heinrich Plum - SPD-Fraktion
Herr Stv. Dirk Schaffrath - CDU-Fraktion
Herr Stv. Friedhelm Krämer - SPD-Fraktion
Herr Stv. Franz-Josef Altdorf - SPD-Fraktion
Herr Stv. Bruno Borrmann - SPD-Fraktion
Herr Stv. Markus Conrads - SPD-Fraktion
Frau Stv. Samira El Mahi - SPD-Fraktion
Herr Stv. Marcel Gandelheidt - SPD-Fraktion
Frau Stv. Nancy Gandelheidt - SPD-Fraktion
Frau Stv. Birgit Graf - SPD-Fraktion
Herr Stv. Manfred Held - SPD-Fraktion
Herr Stv. Peter Kleppe - SPD-Fraktion
Herr Stv. Konrad Krämer - SPD-Fraktion
Herr Stv. Norbert Leschnik - SPD-Fraktion
Herr Stv. Detlef Loosz - SPD-Fraktion
Frau Stv. Sandra Niedermaier - SPD-Fraktion
Herr Stv. Marc Schlösser - SPD-Fraktion
Herr Stv. Tino Schwedt - SPD-Fraktion
Herr Stv. Hans-Rainer Steinbusch - SPD-Fraktion
Herr Stv. Sadi Ünal - SPD-Fraktion
Herr Stv. Jörg Willms - SPD-Fraktion
Herr Stv. Ingo Boehm - CDU-Fraktion
Herr Stv. Dr. Andreas Brandt - CDU-Fraktion
Herr Stv. Franz Brandt - CDU-Fraktion
Herr Stv. Hubert Lothmann - CDU-Fraktion
Herr Stv. Wilfried Maul - CDU-Fraktion
Frau Stv. Gabriele Persigehl - CDU-Fraktion
Frau Stv. Ulrike Wagner - CDU-Fraktion

Herr Stv. Horst-Dieter Heidenreich - GRÜNE-Fraktion
Frau Stv. Jutta Silly-Kuntz - GRÜNE-Fraktion
Herr Stv. Friedel Wirtz - GRÜNE-Fraktion
Herr Stv. Heinrich Liska - ABU/FDP-Fraktion
Herr Stv. Franz-Bernd Mortimer - ABU/FDP-Fraktion
Herr Stv. Josef Nevelz - ABU/FDP-Fraktion
Herr Stv. Thomas Langer - Die Linke

Abwesend waren:

Herr Stv. Günther Offermanns - CDU-Fraktion	entschuldigt
Herr Stv. Michael Winters - Ohne Parteizugehörigkeit	unentschuldigt
Herr Stv. Markus Matzerath - AfD	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
Vorlage: 2017/0044/A12
2. Fragestunde für Einwohner
Vorlage: 2017/0045/A12
3. Bericht der Verwaltung
Vorlage: 2017/0046/A12
4. Benehmensherstellung zur Festsetzung der Regionsumlage im Rahmen des Haushalt-
sentwurf 2017 der StädteRegion Aachen
Vorlage: 2017/0037/A20
5. Umzug von Schulen zum Schuljahresbeginn 2017/2018;
hier: GHS Europahauptschule und Marienschule Realschule
Vorlage: 2017/0020/A40
6. Errichtung eines Hauptschulbildungszweiges gem. § 132 c
SchulG NRW an beiden Realschulen in Trägerschaft
der Stadt Alsdorf
Vorlage: 2017/0023/A40
7. Umbesetzung in Ausschüssen und Gremien;
1. Änderungen aufgrund der neuen Organisationsstruktur des Rathauses zum
01.01.2017
2. Änderungen aufgrund des Mandatsverzichtes des Herrn Oliver Schmidt-Schwan
3. Änderung aufgrund eines Beschlusses des Jugendamtselternbeirates
Vorlage: 2017/0054/A12
- Dieser Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt. -
8. Konzept zur Entwicklung des Präsenzdienstes der Stadt Alsdorf
Vorlage: 2017/0008/A32
9. Neufassung der Abfallgebührensatzung;
hier: Antrag der GRÜNE-Fraktion im Rat der Stadt Alsdorf vom 12.12.2016
Vorlage: 2017/0025/A66
10. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 GO NRW;
hier: 6. Änderung der Entwässerungsgebührensatzung der Stadt Alsdorf vom
06.10.2009
Vorlage: 2017/0026/A66

11. Anfragen und Mitteilungen
Mitteilungen zum Thema:
 - Verkehrssituation Schaufenberger Straße
 - Straßenbeleuchtung GoethestraßeVorlage: 2017/0047/A12

12. Umbesetzung in Ausschüssen und Gremien;
 1. Änderungen aufgrund der neuen Organisationsstruktur des Rathauses zum 01.01.2017
 2. Änderungen aufgrund des Mandatsverzichtes des Herrn Oliver Schmidt-Schwan
 3. Änderung aufgrund eines Beschlusses des JugendamtselternbeiratesVorlage: 2017/0054/A12-1

13. 7. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Alsdorf vom 28.04.2008;
hier: Anträge der SPD-Fraktion sowie CDU-Fraktion vom 23.01.2017
Vorlage: 2017/0062/A12

14. Einführung und Verpflichtung eines neuen Ratsmitgliedes
Vorlage: 2017/0073/A12
- Dieser Tagesordnungspunkt wurde vorgezogen und nach TOP 1 behandelt. -

Protokoll:

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung der Sitzung Vorlage: 2017/0044/A12

Protokoll:

Herr Bürgermeister Sonders begrüßt die Damen und Herren Stadtverordneten, die Vertreterin der Presse, die erschienenen Zuhörer/-innen, die Mitarbeiter/-innen der Verwaltung (Herrn Ersten Beigeordneten Kahlen, Dez. I, Frau Technische Beigeordnete Lo Cicero-Marenberg, Dez. II, Herrn Kämmerer Hafers, Referat Finanzen, Herrn Gillessen, A 20 Kämmerei und Steuern, Frau Beylich, A 14 Rechnungsprüfungsamt, Herrn Schmidt, Referat Jugend, Schulen und Sport, Herrn Dohms, A 32 Bürger- und Ordnungsamt, Herrn Müller, A 80 Amt für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften/Beteiligungscontrolling, Frau Filipenoks, A 12 Amt für Rat und Verfassung, Frau Born, A 12 Amt für Rat und Verfassung, sowie Frau Esser, A 12 Amt für Rat und Verfassung (Schriftführerin)).

Anschließend stellt Herr Bürgermeister Sonders fest, dass Einladung und Erläuterungen zur heutigen Sitzung des Rates der Stadt allen Beteiligten form- und fristgerecht zugegangen sind. Des Weiteren stellt er die Beschlussfähigkeit des Rates der Stadt fest. Zunächst gibt Herr Bürgermeister Sonders Folgendes zur Information:

Öffentlicher Teil:

Es wird vorgeschlagen, den folgenden Punkt von der Tagesordnung **abzusetzen**:

- TOP 7: Umbesetzung in Ausschüssen und Gremien;
1. Änderungen aufgrund der neuen Organisationsstruktur des Rathauses zum 01.01.2017
 2. Änderungen aufgrund des Mandatsverzichtes des Herrn Oliver Schmidt-Schwan
 3. Änderung aufgrund eines Beschlusses des Jugendamtselternbeirates.

Weiterhin wird vorgeschlagen die Tagesordnung um

- TOP 12: Umbesetzung in Ausschüssen und Gremien;
1. Änderungen aufgrund der neuen Organisationsstruktur des Rathauses zum 01.01.2017
 2. Änderungen aufgrund des Mandatsverzichtes des Herrn Oliver Schmidt-Schwan
 3. Änderung aufgrund eines Beschlusses des Jugendamtselternbeirates

- TOP 13: 7. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Alsdorf vom 28.04.2008; hier: Anträge der SPD-Fraktion sowie CDU-Fraktion vom 23.01.2017

TOP 14: Einführung und Verpflichtung eines neuen Ratsmitgliedes
zu **erweitern**.

Zudem wird vorgeschlagen,

TOP 14: Einführung und Verpflichtung eines neuen Ratsmitgliedes
nach

TOP 1: Eröffnung der Sitzung
zu **behandeln**.

Nachgereicht wurden die Beratungsergebnisse zu

TOP 5: Umzug von Schulen zum Schuljahresbeginn 2017/2018;
hier: GHS Europahauptschule und Marienschule Realschule

TOP 6: Errichtung eines Hauptschulbildungszweiges gem. § 132 c
SchulG NRW an beiden Realschulen in Trägerschaft
der Stadt Alsdorf.

Nichtöffentlicher Teil:

Es wird vorgeschlagen die Tagesordnung um

TOP 5: Verlängerung eines Darlehens an die Business Park Alsdorf GmbH

TOP 6: Mittelbare Beteiligung am Windpark Linnich

TOP 7: Erhöhung der Beteiligung der enwor an der TEE - Trianel
Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG

TOP 8: Grunderwerb und Grundverkauf an der Eschweiler Straße;
hier: Änderung des Hauptausschussbeschlusses vom 03.11.2016

TOP 9: Auftragsvergabe für ein neues Sozialhilfeverfahren

zu **erweitern**.

Das Beratungsergebnis zu

TOP 3: Lieferung und Montage von Schulmobiliar für das Gymnasium und die
Realschule im Johannes Rau Kultur- und Bildungszentrum KuBiZ),
Konrad-Adenauer-Allee 1 und 3, 52477 Alsdorf
hier: Auftragserweiterung

wurde **nachgereicht**.

Sodann stellt Herr Bürgermeister Sonders die Tagesordnung in der nun vorliegenden Form zur Abstimmung. Diese wird mit den von Herrn Bürgermeister Sonders vorgebrachten Änderungen **einstimmig** angenommen.

Für den öffentlichen Teil der heutigen Sitzung meldet Herr Stv. Franz Brandt, CDU-Fraktion, zwei Anfragen an.

Nunmehr stellt Herr Bürgermeister Sonders die Frage, ob sich ein Mitglied des Rates der Stadt zu einem der Tagesordnungspunkte der heutigen Sitzung für befangen erklärt. Das ist nicht der Fall.

zu 2 Fragestunde für Einwohner
Vorlage: 2017/0045/A12

Protokoll:

Frau Petra Hensellek führt aus, dass an einem Wohnhaus nahe der Marienschule eine Kamera installiert sei, die öffentlichen Raum überwache. Ihre Tochter besuche die Marienschule und sie wolle nicht, dass die Kinder von den Anwohnern gefilmt werden.

Herr Bürgermeister Sonders sagt, dass darüber bisher nichts bekannt sei, er werde es aber überprüfen lassen.

Anmerkung der Verwaltung:

Frau Hensellek wurden unmittelbar nach der Sitzung die Kontaktdaten des Ansprechpartners des Landesamtes für Datenschutz ausgehändigt.

zu 3 Bericht der Verwaltung
Vorlage: 2017/0046/A12

Beschluss:

Der Rat der Stadt nimmt den Bericht der Verwaltung über die Durchführung der in der letzten Sitzung des Rates der Stadt gefassten Beschlüsse zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einmütig

zu 4 Benehmensherstellung zur Festsetzung der Regionsumlage im Rahmen des Haushaltsentwurf 2017 der StädteRegion Aachen
Vorlage: 2017/0037/A20

Protokoll:

Herr Bürgermeister Sonders erläutert die Vorlage und weist vorab darauf hin, dass der Betrag unter Ziffer zwei des Beschlussvorschlages geändert werden müsse. Statt 1.869.778 € sei der Betrag **1.266.970 €** einzutragen. Dieser Betrag stehe auch im Entwurf der Haushaltssatzung, sodass man nach der Änderung über eine Reserve von rund 500.000 € verfüge. In Bezug auf die Benehmensherstellung zur Festsetzung der Städteregionsumlage führt Herr Bürgermeister Sonders aus, dass es zwei

Sichtweisen gebe, die grundsätzliche und die jahresbezogene. Die grundsätzliche Sichtweise fuße darauf, dass man seit vielen Jahren der StädteRegion vorwerfe, dass sie ihre Haushalte nicht sparsam genug aufstelle. In der Vergangenheit habe man eine Fülle von Kritikpunkten aufgeführt, die zum Teil in das Sparkonzept des Städteregionsrates eingeflossen seien. Allerdings sei aus diesem Konzept kaum etwas umgesetzt worden, das zu wesentlichen Einspareffekten bei der StädteRegion geführt hätte. Die Folge sei, dass der Städteregionshaushalt auch in den kommenden Jahren Ausgabesteigerungen und höhere Defizite ausweise, sodass die StädteRegion fast 23 Millionen € Mehreinnahmen benötige, obwohl Entlastungen im Bereich der Soziallasten durch den Bund in diesem Zeitraum zu erwarten seien. Hier könne durchaus die Auffassung vertreten werden, dass einer Benehmensherstellung solange nicht mehr zugestimmt werde, bis die StädteRegion an ihr Ausgabeverhalten die gleichen Maßstäbe lege, denen sich auch die Gemeinden im Stärkungspakt zu unterwerfen haben. Andererseits müsse man zugestehen, dass man die Bemühungen von Herrn Städteregionsrat Helmut Etschenberg, für die Gemeinden Planungssicherheiten zu schaffen, durchaus anerkennen müsse. Mit dem Blick auf den Haushalt 2017 sei dies insofern geschehen, als dass Herr Etschenberg klar Position bezogen und mehrfach öffentlich angekündigt habe, für die Gemeinden Planungssicherheit zu schaffen, indem zum einen für die Haushaltsjahre bis einschließlich 2017 keinerlei Sonderumlage zur Deckung von eventuell entstehenden Defiziten durch die regionsangehörigen Kommunen aufzubringen seien. Zudem liege die Regionsumlage für das Jahr 2017 nicht wie zunächst befürchtet bei rund 2,5 % Erhöhung sondern bei knapp unter 1 % Erhöhung und damit im Bereich dessen, was in Alsdorf für den Haushalt 2017 eingeplant worden sei. Gleichwohl bedeute dies für die Stadt Alsdorf eine abermalige Steigerung der Zahlung an die StädteRegion in Höhe von 1.867.601 Millionen €. Das sei für die Stadt Alsdorf ein sehr schmerzlicher Betrag, vor allen mit Blick auf die Haushaltssituation der Stadt und den Haushaltsentwurf, der heute den Anwesenden zugeleitet worden sei. Zum anderen habe die StädteRegion in den vergangenen Jahren ihre Ausgleichsrücklage komplett aufgezehrt und somit aus ihrer Sicht die Umlagen für die regionsangehörigen Kommunen künstlich niedrig gehalten. Ansonsten hätte die StädteRegion durchaus das Recht gehabt, in den Jahren seit 2010 über 60 Millionen €, die in dieser Zeit in der Ausgleichsrücklage der StädteRegion vorhanden gewesen seien, zusätzlich von den Gemeinden zu fordern. Herr Etschenberg habe immer darauf hingewiesen, dass die Gemeinden mehr beisteuern müssen, sobald diese Ausgleichsrücklage aufgezehrt sei. Dem haben die Bürgermeister stets entgegnet, dass sich die StädteRegion ebenso bei ihren Ausgaben behandeln solle, wie regionsangehörige Kommunen im Stärkungspakt. Dies bedeute, man müsse eigentlich auf Seiten der StädteRegion ein Haushaltssicherungskonzept erarbeiten, das die Rahmenbedingungen der Stärkungspaktkommunen erfülle. Es könne schließlich nicht sein, dass im Stärkungspakt befindliche Kommunen immer wieder zahlen müssen, wenn die Städteregionsumlage wieder um Millionenbeträge steige. Herr Etschenberg habe hierzu ein Konzept vorgelegt, das leider vom Städteregionstag nur teilweise beschlossen worden sei und insbesondere kaum zu merkbareren Einsparungen geführt habe. Hier gebe es sicherlich noch erheblichen Nachbesserungsbedarf, den man nach wie vor einfordere. Nichtsdestotrotz sei anzuerkennen, dass die StädteRegion ihre Ausgleichsrücklage zugunsten der Kommunen aufgezehrt und dass Herr Etschenberg ein Sparkonzept vorgelegt habe. Vor diesem Hintergrund und aufgrund der Tatsache, dass man nun bis mindestens 2018 keine Sonderumlagen zu zahlen habe und man damit Planungssicherheit gewinne, sei er persönlich der Auffassung, dass die Benehmensherstellung erfolgen könne und er habe deswegen auch den Beschlussvorschlag unterbreitet. Natürlich respektiere er auch, dass es eine andere Meinung zu diesem Thema gebe.

Herr Stv. Loosz, SPD-Fraktion, sagt, dass die SPD-Fraktion nach reiflicher Beratung das Benehmen nicht herstelle. Man habe bereits beim letzten Haushalt der StädteRegion gefordert, dass die StädteRegion auch selber Sparmaßnahmen ergreife, allerdings sei nichts passiert. Die Rücklage sei in kürzester Zeit verbraucht worden und statt Personalkosten zu sparen, sei ständig neues Personal eingestellt worden. Wenn eine Kommune wenig oder kein Geld habe, müsse sie auch unangenehmere Beschlüsse fassen, was aber anscheinend nicht für die StädteRegion gelte. Aus diesem Grund werde die SPD-Fraktion das Benehmen nicht herstellen. Das werde wahrscheinlich nicht viel ändern, aber man möchte zumindest ein politisches Signal senden.

Herr Stv. Franz Brandt, CDU-Fraktion, nimmt diese Ausführungen zur Kenntnis und teilt mit, dass die CDU-Fraktion eine andere Sichtweise habe. Man könne dem Städteregionsrat nicht dankbar genug sein, dass alles so glimpflich ausgegangen sei und dass das von der SPD-Fraktion und vom Bürgermeister nicht so gesehen werde, sei traurig. Die StädteRegion nehme zahlreiche Aufgaben wahr, die eigentlich die Stadt habe. Dann müsse man aus der StädteRegion austreten und überlegen, was die Übernahme der ganzen Aufgaben kosten werde. Dass es beim Aachen-Gesetz Fehler gegeben habe, sei unbestreitbar und man könne nur hoffen, dass das in den nächsten Jahren repariert werde und sich auch die SPD-Fraktion daran beteilige. Insgesamt müsse man sagen, dass diese Erhöhung glimpflich ausfalle und die Stadt Alsdorf kein Recht habe, mit dem Finger auf die StädteRegion zu zeigen. Die Stadt Alsdorf erhöhe seit Jahren rücksichtslos, in jeder Ratssitzung werden Millionenbeträge beschlossen, mit denen der Haushalt aufgeplustert werde und nun werde die wirklich glimpflich ausgefallene Umlage kritisiert. Das sei absurd.

Herr Bürgermeister Sonders erwidert, dass er der Benehmensherstellung positiv gegenüber stehe und ihr zustimmen werde. Er verstehe daher die Kritik an seiner Person nicht.

Herr Stv. Heidenreich, GRÜNE-Fraktion, teilt mit, dass er den Aufschrei der SPD-Fraktion über die Erhöhung der Städteregionsumlage nachvollziehen könne, schließlich seien sie in der StädteRegion in der Opposition. Die von der StädteRegion vorgeschlagene Erhöhung sei aber nicht allein das Resultat der Beratung der Schwarz-Grünen-Mehrheit. Er gibt zu bedenken, dass die vier Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP in der StädteRegion über Monate an einem gemeinsamen Strukturkonzept gearbeitet haben, mit dem Ziel, den Städteregionshaushalt zu entlasten. Er habe es so wahrgenommen, dass das Konzept insgesamt sehr unbeliebt gewesen sei, da es auch viele schmerzhafteste Kürzungsvorschläge beinhalte. Er selbst könne sich nicht entsinnen, dass die SPD-Fraktion Entschiedenenes dazu beigetragen habe. Von Herrn Bürgermeister Sonders sei bereits gesagt worden, dass die StädteRegion 60 Millionen € in den letzten Jahren aus der Ausgleichsrücklage in den Haushalt eingestellt habe. Ansonsten wäre die Umlage schon wesentlich früher erhöht worden. Nun können keine weiteren Mittel aus dieser Rücklage entnommen werden und er selbst finde es sehr vernünftig, dass sich die Bürgermeister der Region zusammengesetzt und einen vertretbaren Beschlussvorschlag gemeinsam erarbeitet haben. Natürlich heiße das nicht, dass die StädteRegion nicht mehr sparen könne, aber in Anbetracht der Tatsache, dass man bei der Erhöhung lediglich von einem knappen Prozentpunkt spreche, halte die GRÜNE-Fraktion den Beschlussvorschlag der Verwaltung für vertretbar und werde diesem zustimmen. Man dürfe aber auch nicht verkennen, dass ein wesentlicher Anteil der Erhöhung an die Stadt Aachen gehe und dieser auch ge-

leistet werden müsse. Herr Stv. Franz Brandt, CDU-Fraktion, habe bereits angesprochen, dass die StädteRegion für die Städte und Gemeinden eine Reihe von Aufgaben übernehme, die durch die Städte nicht mehr alleine gestemmt werden können. Dabei handle es sich auch oft um freiwillige Ausgaben, wobei auch die Stadt Alsdorf für das Freizeitgebiet Geld annehme. Aber dann anschließend die Städtereionsumlagen abzulehnen, halte er für unredlich und aus diesem Grunde werde die GRÜNE-Fraktion den Beschlussvorschlag mittragen.

Herr Stv. Franz Brandt, CDU-Fraktion, weist darauf hin, dass es in Alsdorf die gleiche Konstellation wie in Würselen gebe. Dort habe auch der Bürgermeister für eine Benehmensherstellung gestimmt und die SPD-Fraktion dagegen. In Würselen reichten die Mehrheitsverhältnisse der SPD-Fraktion nicht aus, in Alsdorf jedoch werde die Mehrheit ausreichen. Zum anderen sei erwähnt worden, dass Sparvorschläge gemacht, aber nicht umgesetzt worden seien. So sei es der CDU-Fraktion auch im Rahmen der Haushaltsplanung gegangen. Es könne eben nicht immer erwartet werden, dass alle Sparvorschläge erfüllt werden. Es werden auch immer wieder Sparmaßnahmen getroffen, die leider auch Personen betreffen.

Herr Bürgermeister Sonders entgegnet, dass Entscheidungen, die Personen betreffen, gelegentlich getroffen werden müssen. Insofern müsse man sich auch im Städtereionstag von Zeit zu Zeit dazu durchringen, bittere Entscheidungen zu treffen. Nach den Gesprächen mit Herrn Etschenberg habe er für sich selbst abgewogen, wie er sich zu der Benehmensherstellung stelle und er stehe zu ihr. Ohne Frage könne man eine grundsätzlichere Sichtweise haben, so wie sie auch jedes Jahr beim Thema Haushalt vertreten werde, das sei nun einmal das politische Geschäft. Er werde der Vorlage heute zustimmen, mehr gebe es dazu nicht zu sagen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt:

1. Das Benehmen der Stadt Alsdorf hinsichtlich dem von der StädteRegion Aachen in ihren Eckpunkten zum Haushalt 2017 mitgeteilten Umlagesatz i.H.v. 45,5508 % für das Haushaltsjahr 2017 wird hiermit hergestellt. Die Herstellung des Benehmens erfolgt unter der Bedingung, dass die StädteRegion im Falle eines möglichen Fehlbetrages in den Jahresabschlüssen 2016 und 2017 keine Sonderumlage gem. § 56 v Kreisordnung NRW (KrO NRW) erhebt.
2. Das Benehmen der Stadt Alsdorf hinsichtlich der ÖPNV-Umlage für das Jahr 2017 i.H.v. 1.266.970 € wird hergestellt.
3. Sollten sich bis zur Beschlussfassung der Haushaltssatzung der StädteRegion Aachen für das Haushaltsjahr 2017 noch Ertragseinbußen und/oder Mehraufwendungen ergeben, dürfen diese nicht zu einer Erhöhung der mitgeteilten Umlagesätze führen, sondern müssen durch Einsparungen aufgefangen werden.
4. Die Stadt Alsdorf fordert die StädteRegion Aachen zu einer kritischen Überprüfung ihrer freiwilligen Leistungen auf, um ihre Haushaltskonsolidierung voranzutreiben und einen weiteren Anstieg der Personalkosten in diesen Bereichen zu vermeiden.

Abstimmungsergebnis:

Mit Mehrheit abgelehnt (bei 4 Enthaltungen und 20 Gegenstimmen)

**zu 5 Umzug von Schulen zum Schuljahresbeginn 2017/2018;
hier: GHS Europahauptschule und Marienschule Realschule
Vorlage: 2017/0020/A40**

Protokoll:

Herr Stv. Plum, SPD-Fraktion, erklärt, dass in der Europahauptschule seit Jahrzehnten kulturelle Veranstaltungen stattfinden. Er bittet deshalb darum, diese Kontinuität auch in der Zukunft für die Vereine zu gewährleisten.

Herr Bürgermeister Sonders führt aus, dass den Vereinen bisher immer Räume zur Verfügung gestellt worden seien und es auch so beibehalten werde.

Herr Stv. Heidenreich, GRÜNE-Fraktion, sagt, dass die GRÜNE-Fraktion dem Beschluss, trotz einiger Zweifel, zustimmen werde. Er stellt die Frage, ob es schon Pläne für die weitere Verwendung der Gebäude der Marienschule nach Auslaufen der Europahauptschule gebe. Zum anderen bittet er um Mitteilung, wann die Verwaltung dem Rat der Stadt das Konzept zur Vergabe der Mittel „Gute Schule 2020“ vorlegen werde.

Herr Bürgermeister Sonders erwähnt, dass das Konzept baldmöglichst vorgelegt werden solle. In Bezug auf die Verwendung des Standortes nach 2020 teilt er mit, dass es zwar einige Überlegungen gebe, diese jedoch noch nicht spruchreif seien. Die Schule laufe noch einige Jahre und man wolle dort im Moment keine unnötige Unruhe einbringen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt:

Aufgrund der durch den Rat der Stadt zum Schuljahresbeginn 2016/2017 beschlossenen Dreizügigkeit der Realschule Marienschule wird der Schulstandort von der Marienstraße 23 an den Schulstandort Pestalozzistraße 39 verlagert.

Zeitgleich zieht die seit dem Schuljahr 2015/2016 auslaufende Gemeinschaftshauptschule Europahauptschule vom Schulstandort Pestalozzistraße 39 an den Schulstandort Marienstraße 23.

Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Voraussetzungen zur Umsetzung dieser Maßnahme zu schaffen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 6 Errichtung eines Hauptschulbildungszweiges gem. § 132 c

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt:

Ab dem Schuljahr 2017/2018 wird auf der Grundlage des Konzeptes der jeweiligen Schule an der Marienschule Realschule und an der Realschule Alsdorf Ofden ein Hauptschulbildungsgang gem. § 132 c SchulG NRW eingerichtet.

Die Verwaltung wird beauftragt einen entsprechenden Antrag bei der Bezirksregierung Köln zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

-
- zu 7 Umbesetzung in Ausschüssen und Gremien;**
1. Änderungen aufgrund der neuen Organisationsstruktur des Rathauses zum 01.01.2017
2. Änderungen aufgrund des Mandatsverzichtes des Herrn Oliver Schmidt-Schwan
3. Änderung aufgrund eines Beschlusses des Jugendamtselternbeirates
Vorlage: 2017/0054/A12
- Dieser Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt. -
-

-
- zu 8 Konzept zur Entwicklung des Präsenzdienstes der Stadt Alsdorf**
Vorlage: 2017/0008/A32
-

Protokoll:

Herr Erster Beigeordneter Kahlen erklärt, dass das Sicherheitsbedürfnis der Bundesbürger durch die Vielzahl der jüngsten Ereignisse stark angestiegen sei. Das gelte auch für Alsdorf. Obwohl die Kriminalstatistik keine Anstiege in Alsdorf verzeichne, möchte die Verwaltung durch eine Stärkung der Präsenz von Ordnungskräften dem ein Stück weit entgegenwirken. Insbesondere die für die Stadtverwaltung relevanten Ereignisse und Aufgaben, wie zum Beispiel Lärmbelästigungen und Vandalismus, sollen zukünftig durch mehr Präsenzdienstkräfte verstärkt werden. Außerdem sollen die Präsenzdienstkräfte zusätzlich zu wichtigen Zeiten, also an Wochenenden oder in den Abendstunden, unterstützt werden. Dadurch gehe man davon aus, dass man bis 24 Uhr Einsatzkräfte im Dienst in den relevanten Bereichen habe. Das sei im Augenblick eine wichtige Maßnahme und wirke auch der Verängstigung der Bevölkerung entgegen.

Herr Stv. Franz Brandt, CDU-Fraktion, sagt, dass auch für die CDU-Fraktion die Sicherheit im Land Priorität habe. Dies werde auch bestimmt ein Thema im Rahmen des Wahlkampfes sein. Selbstverständlich habe die CDU-Fraktion auch die Notwendigkeit gesehen daran zu arbeiten, jedoch sehe man sich heute nur dazu in der Lage, das Konzept zur Kenntnis zu nehmen. Die CDU-Fraktion meine, dass man über dieses Konzept nochmal intensiv sprechen solle. Die CDU-Fraktion beanstande,

dass man zu so einem Punkt im Vorspann gerne in einem anderen Kreis informiert worden wäre, möglicherweise auch durch Fachleute von Polizei und Ordnungsamt, zumal dieses Konzept auf den ersten Blick nicht ganz stimmig erscheine. In der Darstellung der Sachlage heiße es, dass die Bevölkerung durch eine Vielzahl von Anschlägen und Straftaten beunruhigt sei und dadurch verstärktes Sicherheitsbedürfnis und Polizeipräsenz im Innenstadtbereich benötigt werde. Allerdings sei das Ordnungsamt nicht die Polizei und das Ordnungsamt könne keine polizeilichen Aufgaben wahrnehmen. Aus diesem Grund müsse man auch stark kritisieren, dass nicht mehr Polizei eingestellt werde. Die CDU-Fraktion schlägt vor, eine Resolution an das Land zu richten, dass an dieser Stelle stark nachgebessert werden solle. Im Konzept werde auch dargelegt, dass eigentlich 22 Personen benötigt werden, um zusätzliche Aufgaben zu bewältigen, drei sollen aber nur eingestellt werden. Diese drei Personen werden wohl kaum etwas ausrichten können, wenn 22 benötigt werden. Darüber solle man seines Erachtens besser nochmal miteinander sprechen. Er regt deshalb an, diesen Punkt zu vertagen und eine interfraktionelle Sitzung zu diesem Thema anzuberaumen, in der möglichst auch von Fachleuten über den Stand der Dinge informiert werde. Auch sehe man in der Vorlage keinen Ansatz, wie die durch die Einstellung anfallenden Mehrkosten im Jahr kompensiert werden können. Die CDU-Fraktion sei der Meinung, dass Gesprächsbedarf bestehe und bittet somit darum, den Tagesordnungspunkt lediglich zur Kenntnis zu nehmen und zu vertagen.

Frau Stv. Silly-Kuntz, GRÜNE-Fraktion, führt aus, dass grundsätzlich die Einstellung von drei weiteren Mitarbeitern im Präsenzdienst begrüßt werde. Allerdings seien die Personalkosten mit Sicherheit zu niedrig angesetzt, vor allem wenn man die Wochenend- und Nachtzuschläge dazu rechne. Zudem werden neue Uniformen und gegebenenfalls noch ein neues Dienstfahrzeug benötigt. Nichtsdestotrotz finde die GRÜNE-Fraktion eine Einstellung grundsätzlich nicht verkehrt. Wenn jetzt aber Aufgaben im Bereich der Gefahrenabwehr vom mittleren Dienst wahrgenommen werden sollen, sei die Entgeltgruppe 3 nicht die richtige Vergütung. Um dieses noch nicht ganz ausgereifte Konzept ein wenig besser bearbeiten zu können, schließe sich die GRÜNE-Fraktion dem Vorschlag der CDU-Fraktion, die Entscheidung zu vertagen und interfraktionell darüber zu sprechen, an.

Herr Stv. Plum, SPD-Fraktion, ist ebenfalls der Auffassung, dass eine Einstellung erfolgen müsse. Er sei sich darüber im Klaren, dass die Mitarbeiter des Präsenzdienstes in der Öffentlichkeit durchaus widersprüchliche Reaktionen hervorrufen können. Er selbst gehöre aber zu den Leuten, die froh und dankbar seien, wenn man in eine Notsituation gerate und der Präsenzdienst helfe. Es gebe viele Gründe, die das Aufstocken des Präsenzdienstes rechtfertigen. Man habe im Augenblick viel mit Dingen im öffentlichen Raum zu tun, die auch für geschulte Leute, die täglichen Umgang mit solchen Problematiken haben, schwierig in den Griff zu bekommen seien. Aus diesem Grund werde er den Beschluss mittragen und bedankt sich bei den Präsenzdienstlern.

Herr Stv. Wirtz, GRÜNE-Fraktion, teilt die Ansicht von Frau Stv. Silly-Kuntz. Im Bereich der Polizei sei in den letzten Jahren nicht dafür gesorgt worden, dass man vernünftig ausgestattet sei. Eigentlich benötige man in Alsdorf einen 24-Stunden Dienst. Es könne aber nicht sein, dass die Kommunen über den Präsenzdienst Aufgaben der Polizei auffangen, die diese aufgrund mangelnder Personalstärke nicht erfüllen könne. Die Einstellung weiterer Mitarbeiter im Präsenzdienst werde zwar eine Verbesserung in bestimmten Bereichen bringen, auch weil man eine Ausweitung der Arbeitszeiten habe, er hätte aber gerne im Vorhinein eine Anbindung des Jugendhilfeaus-

schusses gehabt, damit auch eine nächtliche Anlaufstelle für Jugendliche geplant werden könne. Deshalb finde er den Vorschlag der CDU-Fraktion, darüber nochmal nachzudenken und auch ein erweitertes Konzept zu erarbeiten, sehr gut. Ihm sei dabei egal, ob der Tagesordnungspunkt vertagt und in einer der nächsten Ratssitzungen beschlossen werde, oder ob er heute beschlossen und sich danach erneut amtsübergreifend über eine Ausweitung des Themas unterhalten werde.

Frau Stv. Wagner, CDU-Fraktion, bemerkt, dass der CDU-Fraktion einige Fragen zum Konzept gekommen seien. Zum Beispiel fehle der CDU-Fraktion im Anforderungsprofil ein psychologischer Test. Des Weiteren stellen sich zum Thema Ausbildung die Fragen, wo diese erfolge, wer diese durchführe, oder wie lange sie dauere. Daher bittet sie darum, dass sich erneut damit auseinandergesetzt werde.

Herr Bürgermeister Sonders sagt, dass er darin keinen Sinn sehe. Die Leute des Präsenzdienstes leisten seit Jahren exzellente Arbeit und aus diesem Grund verstehe er die Fragen zur Ausbildung nicht. Die Leute werden so ausgebildet, wie sie das für ihre tägliche Arbeit brauchen. Es gehe heute darum, die bisher gute Arbeit noch besser zu machen und dafür benötige man Personal. Auch für die Ausweitung der Zeiten, in denen die Leute im Stadtgebiet unterwegs seien, brauche man mehr Leute. Die anschließende Zusammenarbeit von Präsenzdienst, Jugendpflegern und Streetworkern geschehe ohnehin im Austausch zwischen den Fachämtern. Er sei gerne dazu bereit, in einer internen Runde Weiteres zu besprechen, aber es werden hier Dinge angesprochen, die nichts mit der eigentlichen Sache zu tun haben. Es werde niemand ohne eine gewisse Vorbildung auf die Straße geschickt. Der Anlass dieser Vorlage sei eine Erfahrung aus dem vergangenen Jahr gewesen, als die Präsenzdienstleister nachts Graffiti-sprayer erwischt haben. Es gebe genug Leute, die nachts ihr Unwesen treiben. In diesem Zusammenhang sei die Idee entstanden, die Zeiten auszudehnen, um auch den Bürgern Präsenz zu zeigen. Man sei sich auch darüber im Klaren, dass der Präsenzdienst kein Polizeiersatz sei. Es sei zwar so, dass die Landesregierung die Polizei aufgestockt habe, aber die Polizei könne nicht ad hoc auf zigtausend aufgestockt werden, da erstmal eine fundierte Ausbildung für die Polizeiarbeit benötigt werde. Es gehe einfach darum, die bisher gute Arbeit mit mehr Personal auszudehnen und noch besser zu machen und da wisse er nicht, weshalb noch ein interfraktionelles Gespräch darüber geführt werden solle. Natürlich müssen für diese Erweiterung die Kosten aufgewendet werden, das sei aber bereits bei der Stellenplanung im Haushaltsentwurf berücksichtigt worden. Sollte der Beschlussvorschlag heute oder in Zukunft abgelehnt werden, werden diese Stellen ohne Frage wieder gestrichen. Er bietet an, in Zukunft einen Workshop zu machen, an dem auch die Streetworker teilnehmen können, um eine breitere Informationsbasis zu schaffen.

Herr Stv. Loosz, SPD-Fraktion, ist ebenso für eine Aufstockung, um den Bedenken der Bevölkerung ein wenig entgegenzuwirken. Es sei nicht gewollt die Polizei zu ersetzen, aber es stehe auch fest, dass jemand in Uniform eine andere Wirkung habe als jemand, der einfach so spazieren gehe. Sein Vorschlag sei, die Aufstockung zu beschließen und sich hinterher über die weitere Handhabung zu unterhalten. Im Konzept stehe schließlich, dass bei Bedarf Veränderungen erfolgen können.

Herr Stv. Heidenreich, GRÜNE-Fraktion, fragt, ob es nicht möglich sei, sich bis zur nächsten Ratssitzung interfraktionell zusammzusetzen, um mögliche Missverständnisse auszuräumen. Dann könne in der nächsten Ratssitzung die Änderung des Stellenplanes und ein geändertes Konzept endgültig beschlossen werden.

Herr Stv. Franz Brandt, CDU-Fraktion, schließt sich dem Vorschlag von Herrn Stv. Heidenreich an. Es gehe auch nicht darum, Wahlkampf zu führen. Sonst würde man hier den Antrag stellen, auf 22 Personen aufzustocken und dann könne man sagen, dass die CDU-Fraktion viel für die Sicherheit mache. Das sei ein vollkommen falscher Ansatz. Die Meinungen zu diesem Thema liegen schließlich auch nicht weit auseinander, jedoch sehe die CDU-Fraktion nicht, dass Gefahr im Verzug sei und man sofort die zusätzlichen Kräfte benötige. Er ist der Ansicht, dass dieser Punkt vertagt und die Zwischenzeit genutzt werden könne, um Missverständnisse auszuräumen.

Herr Erster Beigeordneter Kahlen weist darauf hin, dass im Konzept stehe, dass es keine spezifische Ausbildung für Präsenzdienstler gebe, da es sich nicht um einen Ausbildungsberuf handle. Bisher sei es so gewesen, dass neue Kollegen mit Unterstützung durch eigene Kräfte und das Studieninstitut sowohl ein rechtliches Feedback erhalten als auch Verhaltensformen im körperlichen Bereich beigebracht bekommen haben. Herr Dohms, A 32 Bürger- und Ordnungsamt, sei selbst Ausbilder im Studieninstitut und es sei hausintern in Abstimmung mit anderen Präsenzdiensten ein Ausbildungsplan erstellt worden, den die neuen Kollegen, bevor sie auf die Straße dürfen, erst durchlaufen müssen.

Herr Stv. Wirtz, GRÜNE-Fraktion, erkundigt sich, ob die Dinge nicht voneinander getrennt werden können, sodass man auf der einen Seite so schnell wie möglich Präsenzkkräfte einstelle und man sich auf der anderen Seite über die Gesamtkonzeption unterhalte und diese gegebenenfalls ein wenig erweitere. Dabei würde er auch gerne das Jugendamt einbeziehen, um eine weitere Anlaufstelle einzurichten, in denen Jugendliche bei Bedrohungen durch andere Jugendliche Zuflucht finden können. Er regt an, die Stellen zu beschließen, aber auch eine erweiterte Konzeption zu fassen.

Herr Stv. Plum, SPD-Fraktion, greift auf, dass man sich doch einig darüber sei, dass die Einstellung der Präsenzkkräfte eine gute Sache sei. Zu den Anregungen von Herrn Stv. Wirtz, GRÜNE-Fraktion, bemerkt er, dass vom Jugendamt einiges geleistet werde. Er selbst habe den Streetworker zu außergewöhnlichen Uhrzeiten bei seiner Arbeit erlebt. Das heute zu beschließende Konzept habe damit auch nicht direkt etwas zu tun. Seines Erachtens solle der Beschluss heute gefasst werden und darüber hinaus könne man zusammen noch zu Klärendes besprechen.

Herr Stv. Boehm, CDU-Fraktion, bemerkt, dass zum Schutz des Präsenzdienstes eine gewisse Ausbildung sehr wichtig sei. Viele Leute fühlen sich durch Personen in einer Uniform provoziert und greifen dadurch schneller an. Daher sei es wichtig, dass der Präsenzdienst in gewissen Situationen mit solchen Angreifern umzugehen wisse.

Herr Stv. Mortimer, ABU/FDP-Fraktion, spricht sich im Namen der ABU/FDP-Fraktion für eine Einstellung aus.

Herr Bürgermeister Sonders ist ebenfalls der Auffassung, dass man die Sache an sich sehr positiv sehe. Er weist darauf hin, dass man in Alsdorf nicht mehr und nicht weniger Kriminalität als in anderen Städten habe. Er bekomme regelmäßig die Statistik von der Polizei vorgelegt. Es werde auch immer viel über den Zentralparkplatz erzählt, obwohl dort am wenigsten passiere. Trotzdem sei dies aufgrund seiner Lage ein Raum, der abends von Frauen nicht gerne betreten werde und dort setze man an. Man wolle nichts anderes, als die bisher geleistete Arbeit ein Stück weit auszu-

dehnen und aufzustocken, um den Menschen Präsenz zu zeigen. Natürlich arbeite auch das Jugendamt mit dem Ordnungsamt zusammen und es gebe auch mehrere Jugendheime in der Stadt, zu denen die Jugendlichen gehen können. Wenn ein Jugendlicher in eine missliche Situation gerate und zur Polizei gehe, wisse diese immer, wie die Mitarbeiter der Stadt zu erreichen seien. Er bittet deshalb darum, dem Beschluss heute zuzustimmen und bietet an, in den nächsten Wochen einen Workshop zu machen, um Feinheiten zu klären. Wenn dann auffalle, dass darüber hinaus noch Handlungsbedarf bestehe, werde dieser gemeinsam festgelegt und auch weitere Schritte beraten.

Herr Stv. Franz Brandt, CDU-Fraktion, bemerkt erneut, dass das Konzept lediglich zur Kenntnis genommen und eine interfraktionelle Sitzung anberaumt werden solle, zu der auch Fachkräfte des Ordnungsamtes und der Polizei hinzugezogen werden. Außerdem liege der Haushaltsplan vor und er sehe die Notwendigkeit darin, das miteinander zu kombinieren, da der Beschluss auch Auswirkungen auf den Stellenplan habe. Er beantragt für die CDU-Fraktion, die Vorlage heute lediglich zur Kenntnis zu nehmen und den Beschluss erst in einer der nächsten Ratssitzungen zu fassen.

Herr Bürgermeister Sonders lässt sodann über den Antrag abstimmen. Dieser wird mit Mehrheit aufgrund 1 Enthaltung und 24 Gegenstimmen abgelehnt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Alsdorf nimmt das Konzept (**Anlage zur Originalniederschrift**) zur Entwicklung des Präsenzdienstes der Stadt Alsdorf zur Kenntnis und beschließt die Ausweitung des Stellenplanes um drei Vollzeitstellen im Präsenzdienst. Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen organisatorischen Maßnahmen umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Mit Mehrheit (bei 8 Gegenstimmen)

**zu 9 Neufassung der Abfallgebührensatzung;
hier: Antrag der GRÜNE-Fraktion im Rat der Stadt Alsdorf vom 12.12.2016
Vorlage: 2017/0025/A66**

Protokoll:

Herr Stv. Heidenreich, GRÜNE-Fraktion, erläutert den Antrag. Der Rat habe im Dezember auf der Basis des Jahresabschlusses des Eigenbetriebes Technische Dienste beschlossen, die erzielten Überschüsse aus den verschiedenen Bereichen von 2015 auf neue Rechnung vorzutragen. Die GRÜNE-Fraktion habe sich mit der Situation des Abfallgebührenhaushaltes beschäftigt, in dem 2015 fast eine halbe Millionen € an Überschüssen erzielt worden sei. Zwar sei es richtig, dass laut Kommunalabgabengesetz NRW Kostenüberdeckungen am Ende eines Kalkulationszeitraumes, also spätestens im vierten Jahr, auszugleichen seien, aber das Gesetz schreibe nicht vor, dass man diesen Zeitraum tatsächlich ausnutzen müsse. Aus Sicht der GRÜNE-Fraktion solle bei diesem hohen Betrag eine Gebührenermäßigung früher erfolgen. Aus diesem Grund sei der Antrag gestellt worden, eine Änderung der Gebührensatzung schon zum nächsten Jahr zu entwerfen. Er bittet darum, dem Beschlussvorschlag drei der Standardvorlage zu folgen.

Herr Bürgermeister Sonders gibt zu bedenken, dass bei der letzten Gebührensenkung seitens der GRÜNE-Fraktion spekuliert worden sei, dass die Senkung in spä-

testens ein bis zwei Jahren wieder umgekehrt werde. Die Kalkulation der Verwaltung sei jedoch scheinbar nicht allzu falsch gewesen. Weiterhin führt er aus, dass es in den Gebührenhaushalten immer wieder Schwankungen gebe. Aus diesem Grund gebe es den Dreijahreszeitraum und er persönlich rate davon ab, Jahr für Jahr die Gebühren anzupassen. Er spricht sich deshalb dafür aus, den Dreijahreszeitraum auszunutzen. Dann könne die Entwicklung der Gesamtlage betrachtet und sowohl angemessen als auch der Rechtslage entsprechend darauf reagiert werden. Obwohl hier eine große Summe in Sicht sei, gehe es für den einzelnen Gebührenzahler um Centbeträge. Deswegen sei die Verwaltung der Auffassung, dass man diesem Antrag nicht folgen und so wie bisher weiter verfahren solle.

Herr Stv. Heidenreich, GRÜNE-Fraktion, bemerkt, dass bei den Abwassergebühren von den Prüfern darauf hingewiesen worden sei, dass es ohne gebildete Rücklagen in einigen Jahren zu Problemen kommen könne, wodurch die Gebühren sehr stark ansteigen würden. Man müsse schließlich auch für eine entsprechende Abwasseranlage Mittel bereitlegen. Das sei in dem Fall aber eine andere Geschichte als bei der Abfallwirtschaft. Die GRÜNE-Fraktion spreche sich daher nach wie vor für eine Gebührensenkung im nächsten Jahr aus.

Herr Stv. Franz Brandt, CDU-Fraktion, sagt, dass nach Auffassung der CDU-Fraktion der derzeitige Zyklus beibehalten werden solle. Vielleicht solle das Thema aber besser an den Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb Technische Dienste verwiesen werden, um dort zu veranschaulichen, wie sich eine Änderung auswirke. Zudem könne dann auch dargestellt werden, was ein Verlassen des Zykluses bedeuten würde. Darüber können auch die Bürger informiert werden, damit diese in dieser Sache nicht überfahren werden.

Herr Bürgermeister Sonders weist darauf hin, dass regelmäßig in den Ausschusssitzungen über die Sachlagen informiert werde. Diese Informationen kommen automatisch und dazu bedürfe es weder eines Antrages noch eines besonderen Tagesordnungspunktes. Er persönlich ist dafür, diesen Antrag abzulehnen, da man ein sehr gutes erprobtes Verfahren habe, wovon er auch nicht abweichen wolle. In den Ausschusssitzungen werde weiter informiert, dafür müsse dieser Antrag nicht an den Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb Technische Dienste verwiesen werden.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt, diese Angelegenheit nicht weiter zu verfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Mit Mehrheit (bei 4 Gegenstimmen und 8 Enthaltungen)

Beschluss:

Der Rat der Stadt genehmigt die Dringlichkeitsentscheidung Nr. 20 (**Anlage zur Originalniederschrift**) vom 23.12.2016.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

- zu 11 **Anfragen und Mitteilungen**
 Mitteilungen zum Thema:
 - **Verkehrssituation Schaufenberger Straße**
 - **Straßenbeleuchtung Goethestraße**
 Vorlage: 2017/0047/A12
-

Protokoll:

Anfrage des Herrn Stv. Franz Brandt, CDU-Fraktion, zu

1. Verkehrssituation Schaufenberger Straße

Herr Stv. Franz Brandt, CDU-Fraktion, stellt die Frage, ob die Änderungen der Verkehrssituation in der Schaufenberger Straße, insbesondere in Bezug auf den Lastwagenverkehr, umgesetzt worden seien.

Herr Erster Beigeordneter Kahlen teilt mit, dass zum einen ein Lastwagenanliegerverbot geplant sei und zum anderen sollen zwei Straßenverengungen erfolgen. Dies werde im Detail durch eine Vorlage und einen Vortrag im Ausschuss für Stadtentwicklung veranschaulicht.

2. Straßenbeleuchtung Goethestraße

Herr Stv. Franz Brandt, CDU-Fraktion, bemerkt, dass vor einiger Zeit durch den Ortsverband Hoengen ein Antrag gestellt worden sei, die Beleuchtungssituation in der Goethestraße zu verbessern. Scheinbar sei dort aber bisher noch nichts passiert.

Frau Technische Beigeordnete Lo Cicero-Marenberg führt aus, dass dort eine Teilergänzung der Beleuchtung stattgefunden habe, so wie sie im Unterhaltsbudget möglich gewesen sei. Die darüberhinausgehenden Maßnahmen seien investitionsmäßig zu verbuchen, sodass diese bisher auf dieser Basis nicht gedeckt werden konnten. Die in erster Linie gemeinten Maßnahmen seien aber umgesetzt worden. Diesbezüglich habe auch eine Abstimmung zwischen dem Amt A 65 – Bauamt und dem Antragsteller stattgefunden.

-
- zu 12 **Umbesetzung in Ausschüssen und Gremien;**
 1. Änderungen aufgrund der neuen Organisationsstruktur des Rathauses zum
-

01.01.2017

2. Änderungen aufgrund des Mandatsverzichtes des Herrn Oliver Schmidt-Schwan

3. Änderung aufgrund eines Beschlusses des Jugendamtseleternbeirates
Vorlage: 2017/0054/A12-1

Protokoll:

Herr Bürgermeister Sonders ist zu den Ziffern 1, 2 und 7 nicht stimmberechtigt.

Herr Stv. Heidenreich macht darauf aufmerksam, dass der Beschlussvorschlag zu Ziffer drei nach Rücksprache mit Herrn Stv. Langer, DIE LINKE, geändert werden solle. Dieser solle nun lauten:

„Der Rat der Stadt wählt auf Vorschlag der GRÜNE-Fraktion als Ersatz für Herrn Oliver Schmidt-Schwan Herrn Stv. Thomas Langer, DIE LINKE, zum Mitglied des Integrationsrates.

Als Stellvertreter des Herrn Stv. Langer wählt der Rat der Stadt in folgender Reihenfolge:

- a) Herrn Stv. Heidenreich
- b) Frau Stv. Jutta Silly-Kuntz
- c) Herrn Stv. Friedel Wirtz“.

Herr Bürgermeister Sonders weist diesbezüglich darauf hin, dass zusätzlich unter Ziffer drei die weiteren aufgeführten Vertreter wegfallen. Zudem müsse Ziffer zwei um den Satz:

„Als Ersatz für Herrn Kuntz wählt der Rat der Stadt Herrn Thomas Hermanns zum sachkundigen Einwohner gem. § 58 Abs. 4 GO NRW“

ergänzt werden.

Außerdem sei der Beschlussvorschlag um Ziffer sieben wie folgt zu erweitern:

„Der Rat der Stadt wählt Herrn Stv. Langer, DIE LINKE, als beratendes Mitglied gem. § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW in den Ausschuss für Stadtentwicklung.“

Beschluss:

1. Von der Bestellung der folgenden beratenden Mitglieder gem. § 71 Abs. 5 SGB VIII i.V.m. AG KJHG und Jugendamtssatzung in den Jugendhilfeausschuss nimmt der Rat der Stadt Kenntnis:
 - Herr Manfred Schmidt als Ersatz für Herrn Stephan Spaltner als Vertreter für Herrn Bürgermeister Sonders,
 - Frau Sabine Schäfer sowie Herr Michael Raida als Ersatz für Herrn Manfred Schmidt als Vertreter für Herrn Herbert Heinrichs und
 - Herr Michael Schäfer als Ersatz für Frau Joana Hennig-Pröhl.
2. Der Rat der Stadt Alsdorf wählt auf Vorschlag der GRÜNE-Fraktion als Ersatz für Herrn Oliver Schmidt-Schwan Herrn Johann-Josef Kuntz zum sachkundigen Bürger gem. § 58 Abs. 3 GO NRW in den Ausschuss für Stadtentwicklung.

Als Ersatz für Herrn Kuntz wählt der Rat der Stadt Herrn Thomas Hermanns zum sachkundigen Einwohner gem. § 58 Abs. 4 GO NRW.

3. Der Rat der Stadt wählt auf Vorschlag der GRÜNE-Fraktion als Ersatz für Herrn Oliver Schmidt-Schwan Herrn Stv. Thomas Langer, DIE LINKE, zum Mitglied des Integrationsrates.

Als Stellvertreter des Herrn Stv. Langer wählt der Rat der Stadt in folgender Reihenfolge:

- a) Herr Stv. Horst-Dieter Heidenreich
- b) Frau Stv. Jutta Silly-Kuntz
- c) Herr Stv. Friedel Wirtz

4. Der Rat der Stadt wählt auf Vorschlag der Verwaltung als Ersatz für Herrn Stephan Spaltner Herrn Ersten Beigeordneten Kahlen in folgende Gremien:
 - Beirat für Senioren und Menschen mit Behinderungen
 - Freizeitobjekte Alsdorf GmbH (FOGA), Gesellschafterversammlung
5. Als Ersatz für Herrn Stephan Maaßen wählt der Rat der Stadt auf Vorschlag der Verwaltung Herrn Stephan Spaltner in folgende Gremien:
 - Energie- und Wasser-Versorgung GmbH (EWV), Energiebeirat Gas
 - Regioentsorgung, Ausschuss für Strukturfragen
(als Stellvertreter für Frau Technische Beigeordnete Susanne Lo Cicero-Marenberg und als Stellvertreter für Herrn Holger Frings)
 - Regioentsorgung, Regionaler Abfallwirtschaftsbeirat
(als Stellvertreter für Frau Technische Beigeordnete Susanne Lo Cicero-Marenberg)
6. Als Ersatz für Herrn Stephan Spaltner wählt der Rat der Stadt auf Vorschlag der Verwaltung Herrn Manfred Schmidt in folgende Gremien:
 - Verein zur Förderung behinderter Kinder und Erwachsener Herzogenrath e.V., Mitgliederversammlung
 - VHS-Zweckverband Nordkreis Aachen, Fachausschuss
(Vorschlag an die Verbandsversammlung)
 - VHS-Zweckverband Nordkreis Aachen, Verbandsversammlung
7. Der Rat der Stadt wählt Herrn Stv. Thomas Langer, DIE LINKE, als beratendes Mitglied gem. § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW in den Ausschuss für Stadtentwicklung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Protokoll:

Frau Stv. Silly-Kuntz, GRÜNE-Fraktion, bittet darum, ebenfalls die Änderung des Landesgleichstellungsgesetzes in die Änderung der Hauptsatzung einzuarbeiten. Dementsprechend habe sich auch die Stellung der Gleichstellungsbeauftragten ein wenig verbessert, da diese nun eine Rechtsschutzmöglichkeit nach § 19a habe, die in § 3 der Hauptsatzung ebenfalls aufzunehmen sei. Weiterhin gebe es noch ein paar redaktionelle Änderungen im heute zu ändernden Teil der Hauptsatzung. Dort werden Euro-Beträge in unterschiedlichen Schreibweisen aufgeführt. Eine weitere Kleinigkeit sei, dass die Frauenbeauftragte mit einem Stundensatz von mindestens 19,25 Stunden als Gleichstellungsbeauftragte beschäftigt sein solle. Das resultiere wahrscheinlich aus einer Zeit, in der es noch eine 38,5 Stundenwoche gegeben habe und sie schlage deshalb vor zu schreiben: „Mit der Hälfte der regelmäßigen wöchentlichen Stundenzahl“.

Herr Bürgermeister Sonders schlägt vor, die heutige Änderung zu beschließen und die von Frau Stv. Silly-Kuntz vorgetragene Änderungen mit einer neuen Vorlage separat zu beschließen. Er bittet Frau Stv. Silly-Kuntz darum, die aufgeführten Änderungen im Detail mit Frau Filipenoks, A 12 Rat und Verfassung, abzustimmen.

Herr Stv. Franz Brandt, CDU-Fraktion, ist ebenfalls der Meinung, heute die Änderung zu beschließen. Die weiteren Änderungen sollen dann schriftlich vorgelegt werden, da er selbst die Änderungen nicht so schnell nachvollziehen konnte. Er sei froh darüber, dass die SPD-Fraktion zeitlich auf den gleichen Gedanken gekommen sei, die Regelung so zu beschließen. Er bemerkt, dass er die durch das Land neu festgesetzte Obergrenze des Verdienstaufalles in Höhe von 80 € sehr unverhältnismäßig finde, gerade auch bei der derzeitigen Haushaltssituation sei das dem Bürger gegenüber vollkommen unververtretbar. So ganz könne die Tätigkeit dann auch nicht mehr als Ehrenamt angesehen werden.

Herr Bürgermeister Sonders legt dar, dass dies satzungsmäßig nicht festgelegt werden dürfe. Natürlich können sich die Selbstständigen untereinander einigen, in welcher Höhe der Verdienstaufall in Zukunft abgerechnet werde.

Herr Stv. Wirtz, GRÜNE-Fraktion, sagt, dass er ebenfalls diesen Passus ansprechen wolle. Soweit er sich erinnere, habe es immer eine Obergrenze von 20 € gegeben, es sei denn, man lege den Mehraufwand dar. Der Sprung von 20 € auf 80 € sei enorm. Er gebe Herrn Stv. Franz Brandt, CDU-Fraktion, Recht, dass es dann für viele kein richtiges Ehrenamt mehr sei.

Herr Bürgermeister Sonders bemerkt, dass bisher in der Hauptsatzung unter § 9 Absatz 5, Buchstabe f) stehe, dass der Höchstbetrag zu den Absätzen c) – e) auf 20 € die Stunde festgesetzt werde, das heiße, dass in keinem der vorgenannten Fälle der Verdienstaufall diesen Betrag überschreiten dürfe. Er begrüßt es, dass aus dem Kreis der Selbstständigen der Vorschlag gemacht worden sei, die Obergrenze zu limitieren und er bittet die Anwesenden Selbstständigen darum, sich zusammenzusetzen und der Verwaltung mitzuteilen, wie die Grenze aussehen solle.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die 7. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Alsdorf in

der als **Anlage zur Originalniederschrift** beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 14 Einführung und Verpflichtung eines neuen Ratsmitgliedes
Vorlage: 2017/0073/A12

Protokoll:

Dieser Tagesordnungspunkt wurde vorgezogen und nach TOP 1 behandelt.

Nachdem sich die Anwesenden von ihren Plätzen erhoben haben, nimmt Herr Bürgermeister Sonders die nach der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vorgeschriebene Einführung und Verpflichtung des Ratsmitgliedes, Herrn Stv. Thomas Langer, durch Nachsprechen folgender Formel vor:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt erfüllen werde.“

Diese Verpflichtung wird durch Unterzeichnung der entsprechenden Erklärung durch Herrn Stv. Thomas Langer, DIE LINKE, bekräftigt.

Gez. Sonders
Bürgermeister

gez. Esser
Schriftführerin